



Pressemitteilung

Fuhrgewerbe-Innung Berlin-Brandenburg e. V.

Verkehr ist nicht die Hauptquelle der Feinstaubbelastung! Fuhrgewerbe-Innung warnt vor Falschmeldungen und Aktionismus

(Berlin, 23.03.2006) Eine Falschmeldung wird nicht dadurch wahr, dass sie täglich wiederholt wird! Mit dieser Feststellung reagiert die Fuhrgewerbe-Innung auf Medienberichte der vergangenen Tage, wonach der Verkehr die Hauptursache der Feinstaubbelastung in der Berliner Luft sei.

Ohne die gesundheitlichen Wirkungen des Feinstaubes in Frage zu stellen fordert die Innung mehr Vernunft in der Diskussion, schließlich belegt bereits ein Blick in den Luftreinhalteplan der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung für das Land Berlin die tatsächlichen Quellen des Feinstaubes.

Demnach besteht der in der Berliner Luft gemessene Feinstaub zu gut 50 % aus sogenannten Fremdeinträgen, d. h. von Quellen aus dem Umland oder fernerer Gebieten wie – z. B. bei südöstlicher Windströmung – dem schlesischen Industrieviertel in Polen. Weitere 25 % entstammen dem sogenannten urbanen Hintergrund, das bedeutet Industrieanlagen, Baustellen, Heizungen, anderswo stattfindender Verkehr u. ä. Lediglich ein Viertel des in einer Straße gemessenen Feinstaubes entstammt dem dort fließenden Verkehr, davon wiederum ein Drittel den Abgasen von LKW und Bussen. Bezogen auf die Gesamtbelastung einer Straße beträgt der „Auspuffanteil“ des LKW am Feinstaub also rund 8 %. Von einzelnen Punkten mit verhältnismäßig hohem LKW- oder Busanteil abgesehen sind demnach die abgasinduzierten Feinstaubbelastungen lediglich im einstelligen Prozentbereich diesen Fahrzeugen anzulasten. Forderungen nach generellen Fahrverboten für LKW und Busse sind also Aktionismus und tragen zur Lösung des Problems nicht in dem Umfange bei, der von manchem Aktivisten gern suggeriert wird! Die Innung fordert deshalb sowohl mehr Augenmaß in der Diskussion als auch in der Berichterstattung!

Im übrigen verweist die Fuhrgewerbe-Innung auf die widersprüchliche europäische Umweltgesetzgebung, die die Basis der Notwendigkeit der Aufstellung von Luftreinhalte- und Aktionsplänen einerseits und der Entwicklung von Motortechnologien mit bestimmten Abgas- und Lärmstandards andererseits bildet. Diese ist ein beredtes Zeugnis unabgestimmter und nicht harmonisierter Rechtsetzung in der Europäischen Union.

Während Immissionsgrenzwerte für Feinstaub (PM 10) und Stickstoffdioxid definiert und in Kraft gesetzt werden, deren Erreichbarkeit unter dem Aspekt der Verhältnismäßigkeit in einer Vielzahl von Städten und Ballungsräumen schon vor dem Zeitpunkt ihres Wirksamwerdens im Jahr 2005 zweifelhaft war, werden technische Parameter in der Motortechnologie, die nennenswerte Minderungen der Emissionen bewirken, mit ganz anderen Fristen rechtlich verbindlich. Genannt seien hier die langwierigen Diskussionen um die Euro-IV- und -V-Normen, die eine zügigere Entwicklung der entsprechenden Motoren verzögert haben, oder die bislang ergebnislosen Diskussionen um die verbindliche Einführung von Rußpartikelfiltern.



Pressemitteilung

Fuhrgewerbe-Innung Berlin-Brandenburg e. V.

Hinzu kommt, dass die gern erhobene Forderung, Dieselpartikelfilter nachzurüsten, zwar für PKW möglich ist, nicht jedoch für LKW und Busse. Als Neufahrzeuge werden diese bislang nicht mit Rußfilter angeboten, Nachrüstungen sind in der Mehrzahl der Fälle technisch nicht möglich!

Ferner vermisst die Fuhrgewerbe-Innung die Vorbildwirkung der öffentlichen Fuhrparks von Bund und Ländern, handelt es sich doch bei den festgesetzten Grenzwerten nicht nur um europäisches, sondern auch um Bundesrecht. Medienberichten zufolge sind allein von den Dieselfahrzeugen der Bundesregierung nur sehr wenige mit Rußpartikelfiltern ausgerüstet. Wenn diese Berichte zutreffen, aber Wirtschaft und Bürger mit neuen Auflagen und politischen Forderungen konfrontiert werden, sollten die politischen Verantwortungsträger des Landes auch mit gutem Beispiel vorangehen!

Und um den Fokus noch auf einen ganz anderen Aspekt zu lenken: bislang bleibt auch die Frage unbeantwortet, wie viele Kraftfahrzeuge täglich durch Berliner Schulklassenzimmer oder Wohnzimmer fahren, um den dort gemessenen (noch höheren) Feinstaubwert zu erklären...

Verantwortlich: Gerd Bretschneider
Telefon: 030 – 251 06 91
Fax: 030 – 251 06 93
e-Mail: info@fuhrgewerbe-innung.de
Internet: www.fuhrgewerbe-innung.de